



Geilenkirchen bewegen! und FDP

Stellungnahme der Fraktion „Geilenkirchen bewegen! und FDP“ zum Haushaltsplan 2016 der Stadt Geilenkirchen

(es gilt das gesprochene Wort; Freigabe für die Presse: 09.12.2015; 18:00 Uhr)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
verehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung!

Bevor ich zum eigentlichen Thema meiner Rede komme und einzelne Schwerpunkte des Haushaltes für das Jahr 2016 aufgreife, erlauben Sie mir einige Worte zur „neuen politischen Landschaft“ in Geilenkirchen.

Als Einzelkämpfer hat man in einem demokratischen Gefüge kaum, wenn nicht sogar gar keine Einflussmöglichkeit auf Entscheidungsprozesse. Um im Sinne der Sache agieren und gestalten zu können, bedarf es der Mehrheiten. Dies können wir, auch in diesem Rat, nur durch die Bildung einer Fraktion erreichen.

Wie es als Einzelkämpfer ist, hat der Stadtverordnete Kasper nun ein Jahr am eigenen Leib erfahren. Aus diesem Grund und auch wegen großer inhaltlicher Übereinstimmungen hat er sich unserer Fraktion angeschlossen.

Wenn Sie Herr Benden, diese demokratischen Rechte, so konnte man es einem Zeitungsartikel entnehmen, als Betrug am Wähler und unverantwortliche Belastung des Haushaltes verurteilen, dann

können Sie dies gerne so äußern. Wir können keinen Betrug am Wähler feststellen, da alle Stadtverordneten unserer Fraktion mit einem Direktmandat in diesem Rat vertreten sind. Was ich aber gar nicht nachvollziehen kann, ist ihre Angabe zu einer Mehrbelastung des Haushalts in Höhe von 100.000 Euro!

Wie kommen Sie auf diese Summe? Selbst die Verwaltung kann mir diese Frage nicht beantworten.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren.

Kommen wir nun zum Haushalt 2016.

An dieser Stelle gebührt unser aller Dank und Respekt dem Herrn Görtz, der als Kämmerer sein Geschäft versteht und seit 1 ½ Jahren für die Stadt Geilenkirchen und „seinen“ Haushalt alle Möglichkeiten ausschöpft etwaige Belastungen zu vermeiden oder zu minimieren.

Der Haushaltsplan für das kommende Jahr sieht Erträge in Höhe von 59,8 Millionen Euro vor. Dies ist Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von knapp 4 Millionen Euro.

Dies hört sich im ersten Moment sehr gut an! – Aber –

die Ausgaben werden sich mit einer Steigerung von gut 4,3 Millionen Euro zum Vorjahr, auf insgesamt 63, 8 Millionen Euro belaufen.

Dies hat zur Folge, dass wir mit einem Fehl von 4 Millionen im kommenden Jahr umzugehen haben, welches aus der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage gedeckt werden kann. Vergleichen wir diesen Fehlbetrag zum Vorjahr, so ergibt sich hier eine Steigerung um 226 Tausend Euro!

Dieser Wehrmutstropfen lässt sich leider nicht vermeiden – zumindest was die derzeitig angedachten Sparmaßnahmen betrifft. Hier erwarten wir von der Verwaltung konstruktive Vorschläge! Diese hat der Kämmerer ja bereits als „weitere Konsolidierungsmaßnahmen“ für die Folgejahre im Haushaltsplan für 2016 angekündigt!

Meine Damen und Herren!

Kommen wir zu den Erträgen im Einzelnen:

Aus Steuern und ähnlichen Abgaben erwarten wir für das Jahr 2016 rund 26,1 Millionen Euro. Zum einen können diese nur durch die Erhöhung der Hebesätze in der Grundsteuer A und B um 7 beziehungsweise 30 Prozentpunkte und bei der Gewerbesteuer um 2 Prozentpunkte erreicht werden. Zum anderen bescheren uns die gute Konjunktur höhere Einnahmen aus der Einkommen- und Umsatzsteuer.

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Gewerbetreibenden nicht nur von der Erhöhung der Gewerbesteuer betroffen sind, sondern ebenfalls die Erhöhung der Grundsteuer B tragen müssen.

Was bei den Erträgen weniger erfreulich ist, dass die Schlüsselzuweisungen des Landes um 280 Tausend Euro und die Bedarfszuweisungen des Landes um weitere 246 Tausend Euro geringer ausfallen werden.

Eingangs erwähnte ich die Erhöhung der Erträge um 4 Millionen Euro. Dies ist auf die Mehrerträge aus der Kostenpauschale im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes um gut 2 Millionen Euro und 800

Tausend Euro Kostenerstattung im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe zurückzuführen.

Aber Achtung! – Diesen stehen auch Mehraufwendungen in genau diesen Bereichen entgegen.

Meine Damen und Herren,

Nun die Aufwendungen!

63,8 Millionen Euro – das ist eine stolze Summe und wie vorhin erwähnt 4,3 Millionen mehr als im Vorjahr. Das ist eine Steigerung von 7,2 %!

Das tut weh. Diese Mehraufwendungen resultieren, wie es der Bürgermeister bereits in seiner Haushaltseinbringung gesagt hat, im Wesentlichen aus steigenden Personalaufwendungen und Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Hierauf haben wir als Stadt und Ratsvertreter nur bedingt Einfluss!

Dazu aber gleich näher!

Was uns von der Fraktion „Geilenkirchen bewegen! und FDP“ mehr als ärgert, ist der Umstand, dass der Kreis Heinsberg mit seiner allgemeinen Kreisumlage, unseren Haushalt mit insgesamt 13,2 Millionen Euro belastet.

Meine Damen und Herren – das macht knapp 21 % unserer Auswendungen aus. Zumal hier eine Steigerung um 4 %, also knapp eine halbe Million Euro zu Buche schlägt! Das hat nicht nur mit steigenden Personalkosten und Mehraufwendungen im sozialen Bereich zu tun.

Das ist auch auf Fehlinvestitionen des Kreises und Übernahme von Zahlungsverpflichtungen, wie zum Beispiel des „Bega-Haus“ in Heinsberg zurückzuführen! Solche Projekte müssen in Zukunft – vor der Umsetzung – auf den Prüfstand und sich einer kritischen Begutachtung stellen!

Meine Damen und Herren!

Die Dramen um die zu uns strömenden Flüchtlinge haben Sie alle vor Augen. Das erfahrene Elend dieser Menschen, seien es Familien, Einzelpersonen oder Jugendliche und Kinder ermahnen uns zu Solidarität und Unterstützung. Dieses Leid möchte von uns hier im Ratssaal niemand erfahren. Um so selbstverständlich dürfen bei uns die nun folgenden Zahlen keinen Unmut schüren.

Gut 2 Millionen Euro mehr erhalten wir im kommenden Jahr vom Land zur Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme. Dem gegenüberstehen aber Mehraufwendungen in Höhe von gut 2,5 Millionen Euro. Dies bedeutet für unsere Stadtkasse, dass ein Fehlbetrag in Höhe von etwas mehr als 500 Tausend Euro auszugleichen sein wird.

Nehmen wir jetzt weitere Aufwendungen im Bereich der Sozialen Leistungen hinzu, dann summiert sich der gesamte Bereich auf 9,2 Millionen Euro, was ein Siebtel unserer Aufwendungen ausmacht.

An dieser Stelle möchten wir uns ganz besonders bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, aber auch mit Hochachtung bei allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, für ihr außergewöhnliches Engagement bedanken. Alle gehen in diesen Tagen, Wochen und Monaten teils weit über ihre Belastungsgrenzen hinaus.

Das verdient höchste Anerkennung!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Kommen wir zu einem weiteren großen Aufwandsposten unseres Haushalts – den Personalkosten. Mit mehr als 13,1 Millionen Euro und einer Steigerung von 791 Tausend Euro – das sind 6 %, haben wir auch hier eine ganze Menge zu stemmen. Die Steigerung ist bedingt durch stark gestiegene Bezüge der Tarifbeschäftigten (Stellenanhebungen und Tarifierhöhungen), Schaffung neuer Stellen in den Bereichen Jugend und Soziales und die Rückkehr von Beschäftigten aus der Elternzeit. Für Versorgungsaufwendungen sind 980 Tausend Euro veranschlagt.

Bei allen bisher erwähnten Aufwänden „zahlen wir drauf!“

Kommen wir nun aber einmal zu Aufwendungen, die zwangsläufig entstehen, aber wo durch Einsparungen gezeigt wird, dass die Verwaltung in ihren Bemühungen, als auch der Rat durch Entscheidungen in den vergangenen Jahren den Weg geebnet hat, diese Ergebnisse zu erzielen.

Für Sach- und Dienstleistungen sind im Haushalt 2016 insgesamt 4,5 Millionen Euro vorgesehen. Für 2015 waren es noch 5 Millionen Euro. Diese Einsparungen fußen auf die Umrüstung auf LED-Beleuchtung und Reduzierung von Maßnahmen auf das notwendige Maß.

Dem spitzen Bleistift der Kämmerei sei dank!

Auch bei den Zinsaufwendungen, 805 Tausend Euro in 2016, konnten Einsparungen in Höhe von 85 Tausend Euro erzielt werden, was aber

dem glücklichen Umstand der günstigen Bedingungen auf dem Kapitalmarkt zuzurechnen ist.

Meine Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie Sie bereits in Ihrem Haushaltsentwurf einbrachten, sind ein Griff in unsere Rücklagen und ein Finanzierungsvolumen von knapp 8,6 Millionen Euro unumgänglich.

Wir, von der Fraktion „Geilenkirchen bewegen! und FDP“, müssen Ihnen in diesem Punkt zustimmen, da uns äußere Einflüsse, ohne unser zutun, dazu zwingen.

Vor allen dann, wenn wir notwendige Investitionen umsetzen müssen. Als da wären:

- 4,8 Millionen für das Hallenbad
- 3 Millionen für Flüchtlingsunterkünfte
- 1 Millionen für Straßenbaumaßnahmen
- 550 Tausend Sanierung Mehrzweckhalle Lindern
- 300 Tausend für die Sanierung des Parkhauses am Rathaus
- 260 Tausend für Kanalerneuerungen und –erweiterungen
- 185 Tausend für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung
- 175 Tausend für die Erneuerung Brücke bei „Burg Trips“

Bei all diesen Projekten vergessen wir die freiwilligen Leistungen nicht. Diese erhöhen wir um 61 Tausend Euro auf insgesamt 919 Tausend Euro. Hierbei sind die großen Kostenträger beziehungsweise die Begünstigten:

- die Schulen

- die Jugendarbeit
- Kulturveranstaltungen
- Kindertageseinrichtungen
- und Vereine.

Kommen wir noch einmal auf die Erhöhung der Hebesätze zur Grundsteuer A und B, sowie der Gewerbesteuer zurück!

Wenn man die Erhöhung der Grundsteuer B – und die interessiert jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger, denn die spüren diese in ihrem eigenen Portemonnaie!

Sie haben Recht Herr Bürgermeister, wenn Sie von einer „moderaten Anhebung“ sprechen; vergleicht man die Hebesätze mit den Nachbarkommunen und dem Landesdurchschnitt. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass nur hierdurch die Haushaltssicherung in den nächsten Jahren abgewendet werden kann!

Was aber viel Schlimmer ist, wenn wir die Entwicklung der Grundsteuer B einmal über die letzten sechs Jahre betrachten, dass wir hier eine Erhöhung des Hebesatzes um über 100 Prozentpunkte erreicht haben. So hatten wir 2009 noch einen stabilen Hebesatz von 380 Prozentpunkten, der nun heute auf 486 Prozentpunkte steigt. Das darf so nicht weitergehen!

Aber wir sagen hier in aller Deutlichkeit, dass Steuererhöhungen nicht das Allheilmittel sind. Es muss der Druck auf den Kreis und das Land erhöht werden, damit nicht immer die Kommunen „die Suppe auslöffeln“ müssen, zumindest muss der vollständige finanzielle Ausgleich der abgeschichteten Aufgaben geschaffen werden. Der Länderfinanzausgleich muss den tatsächlichen Bedarfen und Zwängen angepasst werden, damit das benötigte Geld auch in strukturschwache und ländliche Bereiche fließt.

Auch wenn der Kreis Heinsberg im nächsten Jahr seine Rücklagen aufgebraucht hat, kann es nicht sein, dass dieser ohne weitreichende und ehrliche Sparsbemühungen und –maßnahmen die städtischen Haushalte weiter belastet.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Kommen wir zum Stellenplan!

Wenn wir uns den Stellenplan für 2016 genauer ansehen, dann fällt auf, dass wir mit einem Schlag bei den Beamten vier Beförderungen im höheren Dienst von A13 nach A14 haben. Im Vergleich mit Kommunen gleicher Größe ist dies schon ein Novum. Gleichwohl vermögen wir die Beförderungsreife der einzelnen Beamten unter Berücksichtigung von Eignung, Leistung und Befähigung nicht zu beurteilen. Wir fordern dennoch von Ihnen, dass die Tarifbeschäftigten der unteren Einkommensgruppen und Beamten des mittleren Dienstes nicht in Vergessenheit geraten und trotz der angespannten Haushaltslage in den kommenden Jahren mehr Berücksichtigung finden.

Greifen wir einmal das Thema Stadtentwicklung auf!

Wir begrüßen, dass die Aufstellungsbeschlüsse für die Bebauungspläne 111 in Teveren und 112 in Lindern verabschiedet werden, so dass im kommenden Jahr mit der Vermarktung begonnen werden kann. Es handelt sich um zirka 40 Grundstücke je Gebiet.

Die Nachfrage nach Bauland ist aufgrund der niedrigen Zinsen nach wie vor sehr hoch. Wenn wir nicht wollen, dass junge Familien unsere Stadt verlassen, dann müssen wir diese Nachfrage befriedigen.

Von daher benötigen wir weiter Baulandflächen zum Beispiel in Hünshoven zwischen Flussviertel und Pater-Briersweg, aber auch in den Außenorten, wie Immendorf oder Würm – also sollte die Verwaltung klären, ob zumindest einige Baustellen realisiert werden könnten.

Was die Entwicklung in dem neuen Gewerbegebiet betrifft, wird man immer wieder angesprochen „warum tut sich da noch nichts?“

Hier muss man noch einmal bemängeln, dass bei der Vermarktung der Flächen erhebliche Fehler vom ehemaligen Bürgermeister Fiedler gemacht wurden.

Zunächst hat er Interessenten zappeln lassen, sodass es häufig zu Beschwerden - auch bei den Stadtverordneten - kam, dann hat er Interessenten, damals 20 an der Zahl, in seinem „Schreibtisch gehortet“, bis es dann in diesem Frühjahr zu den ersten Verkaufsbeschlüssen kam.

Mit dem Verkauf hätte mindestens ein halbes Jahr früher begonnen werden müssen, denn jeder, außer Herr Fiedler, weiß, dass von der Zusage, ein Grundstück zu bekommen, bis zum Baubeginn dauert es mindestens ein dreiviertel Jahr. So bleibt zu hoffen, dass es im Frühjahr mit der Bautätigkeit losgeht.

Die Stadtentwicklungspolitik ist unter Bürgermeister Fiedler in den letzten 5 Jahren leider stagniert. Wir sind auf die angekündigten Impulse gespannt, die unser neuer Bürgermeister Georg Schmitz hier geben will.

Meine Damen und Herren!

Bauchem braucht ein Vereinsheim und der Stadtrat hat mit der aktuellen Beschlusslage seinen Willen dazu über alle Parteigrenzen hinweg auch klar bekundet und dem Projekt eine Kostenzusage in Höhe von 200 Tausend Euro erteilt.

Die Bauchemer Vereine haben sich eingebracht und die bisherigen Planungen gemeinsam mit der Verwaltung weitergeführt. Aber in der aktuellen Finanzlage ist ein Mehrbedarf von 80 Tausend viel Geld. Die bisher aufgetretenen Fragen müssen beantwortet werden.

Wer bürgt für den Kredit? Wie sieht der „Businessplan“ aus (also kann der Kredit auch bedient werden?) und einige Fragen mehr.

Böte sich nicht gerade an diesem Standort in unmittelbarer Nähe der Gesamtschule eine Kombinationslösung an? Können nicht bereits vorhandene Einrichtungen, wie etwa die Mensa, an den Wochenenden und in den Abendstunden für die Vereine genutzt werden? Vielleicht kann an die Mensa ein Anbau erfolgen, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Eine solche Variante würde mit Sicherheit deutlich günstiger werden.

Seit Jahren schon wird davon gesprochen, dass es in Geilenkirchen ein einheitliches Konzept geben muss, aus dem hervorgeht wie und unter welchen Kostenbeteiligungen Vereine städtische Gebäude, Einrichtungen und Sportstätten nutzen dürfen. Denn eins ist klar – gerecht geht es heute bei weitem nicht zu. Der Fußballverein hat kaum Kosten für seinen Platz, der Tennisverein zahlt alles selber. Das sind sicherlich die beiden größten Extreme und nur ein Beispiel, verdeutlichen aber, dass darüber gesprochen werden muss.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rates!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wir von der Fraktion „Geilenkirchen bewegen! und FDP“ stimmen dem Haushaltsplan für 2016, trotz „Magenrummeln“ an der einen oder anderen Stelle, zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!